

dortmund
aktiv gegen

rechts
extremismus



Vierte aktualisierte und erweiterte Ausgabe



WIR IN DORTMUND
für Vielfalt, Toleranz und Demokratie



Inhalt

Vorwort

Oberbürgermeister Ullrich Sierau 4

Vorwort

Sonderbeauftragter Hartmut Anders-Hoepgen 5–6

Schlaglichter

Schlaglichter auf die Geschichte antifaschistischer
Aktionen in Dortmund seit 1945 7–19

Akteure

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz, Demokratie 20

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 21

BackUp – ComeBack e.V. 22

CoBa-Yana 23

BackUp 24-25

Mahn - und Gedenkstätte Steinwache 26

Ordnungsamt Dortmund – Task Force Dorstfeld 27

Jobcenter Dortmund 28

Integrationsrat der Stadt Dortmund 29

Respekt-Büro 30

Schule ohne Rassismus 31

90 Minuten gegen Rechts 32

Borussia Dortmund 33

Brackel „Bunt statt Braun“ 34–35

Dortmunder Runder Tisch gegen Rechtsextremismus 36

Der Runde Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld 37

Projekt Quartiersdemokraten 38

Der Runde Tisch für ein demokratisches Eving 39

Runder Tisch gegen Rechts in Huckarde 40

Runder Tisch gegen politischen Extremismus in Lütgendortmund 41

Netzwerk gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede 42

Zivilgesellschaftliche Bündnisse

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus 43–44

Bündnis Dortmund gegen Rechts 45–46

BlockaDO 47–48

Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus 49

Huckarder Bündnis GEGEN Rechts 50

Pro-Dortmund e. V. 51

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. RAG Östliches Ruhrgebiet 52

Förderverein Gedenkstätte Steinwache 53

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ 54

Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Jugendring Dortmund 55

StadtSportBund Dortmund e. V. 56

Veranstaltungen

Dortmund und die Reichspogromnacht 57

Holocaustgedenktag 58

Gemordet Karfreitag 1945 59

Der internationale Antikriegstag 59

DORTBUNT! 60

Vorbereitungskreis „Hörder Pogromgedenken 9.11.1938“ 61



Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

in unserer Stadt ist kein Platz für Rechtsextremismus. Ein breites Bündnis verschiedenster Akteure aus Politik, Verbänden, Verwaltung und Zivilgesellschaft macht deutlich: Wir sind bunt statt braun. Wir setzen ein Zeichen für Vielfalt und Toleranz über Religionen und Weltanschauungen hinweg – denn wir alle sind Dortmund!

Die Broschüre „Dortmund aktiv gegen Rechtsextremismus“ gibt einen Überblick über die vielfältigen antifaschistischen Aktivitäten in unserer Stadt. Seit der letzten Auflage im Jahr 2015 sind viele wichtige Aktionen hinzugekommen, wie z. B. die Erweiterung des Dortmunder Aktionsplans gegen Rechtsextremismus um die Handlungsfelder „Rechtspopulismus“ sowie „Öffentlichkeitsarbeit der Rechtsextremisten und Gegenöffentlichkeit“.

Neben „DORTBUNT“ – fester Bestandteil unseres Engagements gegen Hass und Ausgrenzung – zeigen auch Stadtfeste wie das Dorstfelder Demokratiefestival „Vielfalt lieben, Dorstfeld leben“ oder das Straßen- und Familienfest „44149 - Platz für Vielfalt“, dass Dortmund eine vielfältige und weltoffene Stadt ist, die in ihrem Engagement für Demokratie, Vielfalt und damit gegen Rechtsextremismus nicht nachlässt.

„Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ – diese politische Maxime hat auch 73 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Nationalsozialismus in unserer Stadt weiter Bestand.

Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Dortmund,

nach der Selbstenttarnung des NSU und ihrer unsäglichen Mordverbrechen Ende 2011 und dem vor Kurzem zu Ende gegangenen, leider viele Fragen offen lassenden Prozess hatten wir alle große Hoffnung, dass die Sensibilität und die Aufmerksamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus in unserem Land größer geworden wäre. Zum Teil trifft dies auch zu, jedoch zeigen die Ereignisse rund um Chemnitz im späten Sommer 2018 aber auch die andauernden Aktivitäten der Rechtsextremen in Dortmund, dass es weiterhin viel zu tun gibt. Rechtsextremismus und auch Rechtspopulismus sind in Deutschland und darüber hinaus gesamtgesellschaftliche Probleme und ihre Ursachen brauchen deshalb auch grundsätzliche und übergreifende Antworten. Aber sie müssen unbedingt auch vor Ort bekämpft werden.

In Dortmund haben sich bereits seit Ende 2007 die schon lange aktiven zivilgesellschaftlichen Bündnisse, Runden Tische und Akteure sowie der Rat der Stadt und alle kommunalen Einrichtungen und Ämter verbündet. Sie führen auf der Grundlage eines „Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus“ einen gemeinsamen Kampf für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. So wurde dieser Aktionsplan unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft im Jahr 2016 grundlegend überarbeitet und um zwei Kapitel erweitert und letztlich im Frühjahr 2017 durch den Rat beschlossen.

Auch der anhaltende repressive Druck durch die Polizei war und ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus unentbehrlich. – Aber das alles ist leider immer noch nicht genug. In den letzten Monaten erleben wir in Dortmund ein weiteres Anwachsen rechtsextremer Aktivitäten. Die Nazis skandieren immer offener rassistische und vor allem antisemitische Parolen und knüpfen mit ihrer

menschenverachtenden Hetze unverhohlen an den historischen Nationalsozialismus an. Es sind nicht mehr als 60 bis 80 dieser rechtsextremen Kumpane in unserer großen Stadt, die Bürgerdialoge stören, Bürgerinnen und Bürger verunsichern, geflüchtete Menschen und Migranten einschüchtern und Menschen, die nicht in ihr rechtsextremes und rassistisches Weltbild passen, zu Opfern ihrer Gewalt machen.

Mit ihrer Ideologie und ihren Taten entlarven die Rechtsextremen sich selbst als Feinde der Demokratie und der allgemeinen Menschenrechte. Dabei missbrauchen sie schamlos unsere verfassungsrechtlich geschützten demokratischen Rechte und Gesetze. Mit ihrer Partei „Die Rechte“ sind sie auf verachtungswürdige Weise unter den Mantel des Parteiengesetzes geschlüpft, das einst vor 70 Jahren in Deutschland nach der ungeheuren Katastrophe des Nationalsozialismus von den Gesetzgebern gerade zum Schutz der demokratischen Parteien in unserem Gesetzeswerk verankert wurde.

Wir wollen nicht, dass die Rechtsextremisten immer noch weiter ihr Unwesen treiben in unserem Land und auch nicht in unserer Stadt. Die zahlreichen Maßnahmen und Projekte, Akteure und Initiativen demokratischer Gegenwehr in unserer Stadt finden Sie in dieser Broschüre. Aber Zivilcourage, demokratischer Widerstand, das Netzwerk der zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteure und auch der repressive Druck der gesetzlichen Ordnungsmächte müssen noch weiter anwachsen und sich verstetigen, damit wir den gegenwärtigen Rechtsextremismus auf überzeugende Weise endgültig aus unserer lebens- und lebenswerten Stadt vertreiben. Denn täglich und letztendlich können wir sagen: #wirsindmehr, doch das müssen wir immer wieder zeigen.



Hartmut Anders-Hoepgen
Superintendent a. D.
Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Schlaglichter auf die Geschichte antifaschistischer Aktionen in Dortmund seit 1945

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges kam es – wie im ganzen Weimarer Staat – auch in Dortmund zu einem Erstarken von völkischen, nationalsozialistischen und anderen antidemokratischen Bewegungen. Zugleich aber entwickelte sich gerade in Dortmund ein starker Widerstand dagegen, der sich in seinem Kampf für Demokratie, Freiheit und Gleichheit einsetzte. Zwischen 1933 und 1945 wurden linke und demokratische Kräfte vom nationalsozialistischen Staat unterdrückt und verfolgt. Viele Akteure wurden wegen ihrer antifaschistischen Arbeit ermordet.

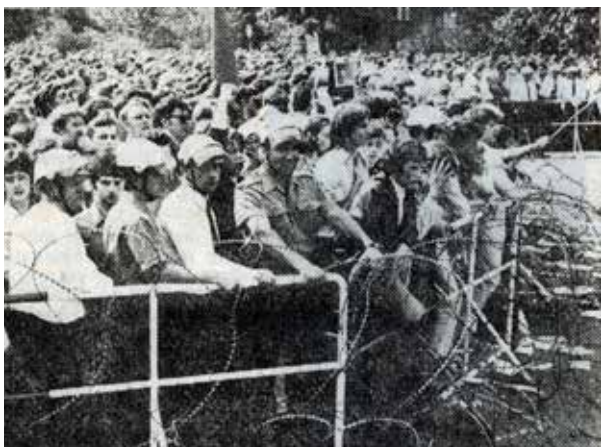


Im neu errichteten Mahnmal in der Bittermark wird 1958 ein französisches NS-Opfer beigesetzt.

Unmittelbar nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft lebte das antifaschistische Engagement in Dortmund wieder auf. Vor allem die Erinnerung an die grausamen Morde im Rombergpark und in der Bittermark trieb die Dortmunder Bevölkerung um. Etwa 230 Gefangene, vor allem ausländische Zwangsarbeiter und Kriegesgefangene, aber auch Dortmunder Linke, wurden kurz vor Kriegende von der lokalen Gestapo ermordet. Eine erste Trauerkundgebung für die Opfer fand bereits am 26. August 1945 auf dem Hansaplatz statt. Hauptredner war der Widerstandskämpfer und damalige Oberbürgermeister Fritz Henßler.

Seit 1946 erinnert die Stadt Dortmund am Karfreitag in der Bittermark an die grausamen Mordtaten. Diese Veranstaltungen mit mehreren tausend Teilnehmern waren und sind beeindruckende Manifestationen gegen das Vergessen und zugleich ein Zeichen, dass so etwas nie wieder geschehen darf. Die Verbindung von Erinnerung und Prävention prägt die antifaschistischen Aktivitäten der Stadtgesellschaft bis heute.

Die direkte Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis wurde auch in Dortmund unter anderem nach der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als neuer, bei Wahlen teilweise durchaus erfolgreicher Partei, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre akut. Diese erreichte zwar in Dortmund niemals Ergebnisse wie in Hessen und Bayern, hatte hier aber dennoch 1968 in vier Ortsgruppen insgesamt rund 300 Mitglieder. Als Reaktion auf deren vermehrte Aktivitäten gründete sich 1968 die „Antifaschistische Demokratische Aktion“. Sie versuchte als linke Sammlungsorganisation gegen die stärker werdenden Aktivitäten der Dortmunder NPD unter anderem durch Infostände zum historischen Nationalsozialismus, Kundgebungen und Flugblattverteilaktionen vorzugehen.



Protest gegen eine NPD-Kundgebung am Stadtbad 1969.

Teilweise wurden Versammlungen der NPD gewaltfrei „gesprengt“. Ziel war ein Verbot der NPD durch die Bundesregierung.

Politisch deutlich einflussreicher war aber das Engagement aus den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung. So erlebte die NPD bei einer Kundgebung mit ihrem Parteivorsitzenden Adolf von Thadden im September 1969 am Südbad den nach eigener Aussage bis dato bundesweit lautstärksten Protest durch mehrere Tausend Dortmunderinnen und Dortmunder, die „Nazis raus“ riefen und mit Knallfröschen, Tomaten und Eiern warfen, wobei niemand zu Schaden kam. Im Vorfeld hatten DGB und Jugendring auf dem Neuen Markt zu einer Kundgebung unter dem Motto „Für Frieden und Demokratie – gegen Neonazismus und Nationalismus“ aufgerufen. Nachdem die NPD 1969 knapp den Einzug in den Bundestag verpasst hatte, verlor sie auch in Dortmund sukzessive an Bedeutung.

Ende der 1970er Jahre wuchs vor allem in den Reihen der Jugendverbände, der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien das Interesse an einer verstärkten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und dem antifaschistischen Widerstand. Ergebnis war der Ratsbeschluss vom März 1978, durch das Stadtarchiv die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945“ erarbeiten zu lassen.

Diese 1981 eröffnete Ausstellung wurde zunächst an unterschiedlichen Orten innerhalb Dortmunds und in mehreren Dortmunder Partnerstädten gezeigt, bevor sie dauerhaft im Museum am Westpark untergebracht wurde.

Parallel begannen die Bestrebungen vor allem des Jugendrings, das zuletzt als Obdachlosenasyl genutzte und während der NS-Zeit als „Hölle Westdeutschlands“ bekannte ehemalige Polizeigefängnis, die „Steinwache“, vor dem Abriss zu bewahren und zu einem antifaschistischen Gedenk- und Lernort umzuwidmen. 1992 wurde schließlich die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache als zentraler Ort der städtischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Verfolgung und dem Widerstand gegen diese eröffnet.



Oberbürgermeister Günter Samtlebe eröffnet gemeinsam mit dem Historiker Hans Mommsen die Steinwache.

Ebenfalls in den 1980er Jahren rückte das Problem des Neonazismus wieder stärker in den Blickpunkt der Stadtöffentlichkeit. Aus dem gewalttätigen Teil der Fanszene von Borussia Dortmund war die sogenannte Borussenfront entstanden, in deren Reihen bald mit Siegfried „SS-Siggi“ Borhardt ein bekennender Nationalsozialist den Ton angab. Die Borussenfront war vor allem für rassistische Straßengewalt und Hooliganismus im Zusammenhang mit Fußballspielen bekannt.

Aus ihren Reihen gründete sich zudem der Dortmunder Ableger der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), einer nationalsozialistischen Kleinpartei, die in der Folge ihre Bundeszentrale in der Dortmunder Nordstadt eröffnete. Nach zunehmenden neonazistischen Aktivitäten wie gewalttätigen Übergriffen, Drohbrieffen an SPD-Mitglieder, aber auch der genannten Eröffnung der FAP-Zentrale in Dortmund richtete der SPD-Unterbezirk eine Arbeitsgruppe ein, die in Zusammenarbeit mit den Stadtbezirken eine Bestandsaufnahme und ein Handlungskonzept erarbeitete. Es wurden Arbeitskreise gegründet, die mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus den Jugendverbänden und Freizeitstätten zusammenarbeiten sollten. Strategie war unter anderem das Erstellen von Argumentationshilfen, um Jugendliche vor dem Abgleiten in die rechte Szene zu bewahren.

Durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollte darüber hinaus die Dortmunder Bevölkerung zur Auseinandersetzung mit dem Problem angeregt werden. 1985 nahm der Rat der Stadt mit den Stimmen von CDU und SPD einen SPD-Antrag zur Schließung des FAP-Büros in der Schlosserstraße und zum Verbot der FAP insgesamt an. 1986 gab die Stadt Dortmund eine Untersuchung der örtlichen rechten Szene in Auftrag.

Deren Ergebnisse bestätigten, dass die Rechtsextremisten der Borussenfront, FAP, NPD, Skinheads und verschiedene rechte Jugendgruppen seit 1982 in Dortmund aktiver geworden waren. Dies wurde allerdings nicht als lokales Phänomen, sondern als eine Entwicklung analog zu der in den meisten bundesdeutschen Großstädten eingeschätzt.

Nach der Vorstellung der Studienergebnisse durch Jugenddezernent Dr. Manfred Scholle warnten Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses aus CDU und SPD vor einer Überbewertung, die den Rechten nur die erwünschte Publizität beschere. „Alle gesellschaftlichen Kräfte müssten diesem Problem gegensteuern, ohne es unangemessen ‚hochzupeitschen‘“, war man sich einig.

Doch das Problem neonazistischer Aktivitäten und Gewalt hielt sich hartnäckig. Vor allem ab 1987 entwickelte sich Dortmund zu einem Zentrum von FAP-Aktivitäten, die sich insbesondere auf Lütgendortmund konzentrierten. Dort wurden Mitglieder einer Bürgerinitiative bedroht und angegriffen. Die Arbeit eines örtlichen Jugendheims war vielfach nur noch unter Polizeischutz möglich. Aufgrund der Häufung neonazistischer Straf- und Gewalttaten in Dortmunder Jugendheimen war im Frühjahr 1986 ein antifaschistischer Arbeitskreis entstanden, dem zunächst alle Ratsparteien nebst Jugendorganisationen angehörten. 1987 waren nur noch mehrere Jugendkeller und -freizeitstätten sowie die Falken übrig geblieben, die Mitte Februar 1987 eine „Aktionswoche gegen den Neofaschismus“ veranstalteten, bei der Druck für ein FAP-Verbot aufgebaut, Jugendliche über Faschismus aufgeklärt und regelmäßige Aktionen vorbereitet werden sollten. Als Hauptgefahr sah man die Borussenfront und ihre Attraktivität für Jugendliche, vor allem im Kontext Fußball. In diesem Zusammenhang entstand auch das „Fan-Projekt Dortmund e.V.“, gegründet im September 1987 durch Kommunalpolitiker, Vertreter der Jugend- und Sportverwaltung und Mitarbeiter des BVB 09.



Auch in der Fanszene des BVB wächst das Engagement gegen Rechts.

Es nahm am ersten August 1988 seine praktische Sozialarbeit auf und ging vor allem auf diejenigen vielfach gewaltaffinen Jugendlichen innerhalb der Fußballszene zu, die unter anderem in Gefahr standen, über die Borussenfront in den organisierten Neonazismus abzurutschen. Ab Mitte der 1990er Jahre nahm im Zusammenhang mit einem Generationswechsel innerhalb der Fanszene einerseits und aufgrund der guten Zusammenarbeit von Sozialarbeitern, BVB 09, dessen Ordnungsdienst, der Stadtverwaltung sowie der Polizei andererseits die massive, auch rassistische Gewalt mehr und mehr ab.

Parallel wurde die Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen zu einem wesentlichen Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus ausgebaut. Im Laufe der Jahre entstand in diesem Zusammenhang in Dortmund ein breites Angebot von Jugendbildung, moderner Erinnerungsarbeit, Demokratieförderung und Menschenrechts-erziehung, das auch über die Stadtgrenzen hinaus Beachtung und Anerkennung fand und findet. Beispielhaft sind hier die Angebote des Respekt-Büros des Jugendamtes, der Arbeitsstelle für Demokratie und der Jugendbotschaft des Jugendrings Dortmund zu nennen.

Durch Fortbildungsangebote wurden und werden Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen, Trainerinnen und Trainer in die Lage versetzt, rechtsextremes Gedankengut bei Kindern und Jugendlichen zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Darüber hinaus ist Dortmund mit mehr als 30 Schulen, die erfolgreich als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet wurden, in diesem Bereich führend in Nordrhein-Westfalen.



Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Ab Ende der 1990er Jahre wurde allerdings auch die Neonaziszene in und um Dortmund wieder aktiver. Eine zentrale Rolle spielte dabei der Hamburger Christian Worch als Organisator zahlreicher Demonstrationen und Kundgebungen. In der Stadt selbst waren es – wie an vielen anderen Orten der Bundesrepublik auch – mehr und mehr die sogenannten freien Kameradschaften. Sie vertraten einen im Unterschied zu Parteien wie NPD und Deutscher Volksunion (DVU) deutlich radikaleren und gewalttätigeren Kurs und gaben in der rechtsextremen Szene immer mehr den Ton an. Wie schon im Zusammenhang mit der Borussenfront bildete wieder die Dortmunder Nordstadt einen Schwerpunkt. Mit einer bundesweit einmaligen Maßnahme schloss das Dortmunder Ordnungsamt im Februar 2000 beispielsweise den Neonazi-Treffpunkt „Schützeneck“ an der Schützenstraße wegen „gewerblicher Unzuverlässigkeit“. Ordnungsamtsleiter Werner Spottke äußerte sich zu dieser mit dem Hotel- und Gaststättenamt abgesprochenen Maßnahme: „Alle potenziell dazu geneigten Pächter sollen wissen: Wo verbotene Lieder gesungen und andere fremdenfeindliche Straftaten begangen werden, droht die behördlich angeordnete Schließung des Lokals im sofortigen Vollzug.“

Nachdem wenig später am Abend des Karfreitags rund 30 Rechtsradikale in der Nordstadt Jagd auf „Ausländer“ gemacht und mehrere Menschen verletzt hatten, sprach sich Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer auf einer Demonstration am 1. Mai gegen die rassistischen Ausschreitungen und für die Notwendigkeit antifaschistischen Widerstandes sowie ein friedliches Zusammenleben in der Nordstadt aus. Im September desselben Jahres lud Dr. Langemeyer rund 40 Institutionen zu einem „Runden Tisch“ gegen Fremdenfeindlichkeit. Die vom Verwaltungsvorstand in diesem Zusammenhang aufgelisteten Maßnahmen der Stadt, die das Jugendamt als Präventionsprogramm anbot, umfassten unter anderem politische Bildung und Gewaltpräventionsarbeit. Bereits im Juni hatte die Dortmunder Partnerschaftskonferenz – bestehend aus den freien Wohlfahrtsverbänden, der EDG, den Stadtwerken, dem Einzelhandelsverband, der Staatsanwaltschaft, der Polizei und Projekten wie der City-Konferenz und der Stadtteilarbeit – nach den rechten Ausschreitungen am Karfreitag des Jahres das Thema Rechtsradikalismus zu einem ständigen Tagesordnungspunkt gemacht. Es sollte darum gehen, gemeinsame Ideen und Ansatzpunkte zu entwickeln.



Seit dem Jahr 2000 ermordeten Neonazis in Dortmund mehrere Menschen. Hier: Gedenkkundgebung für das Opfer des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), Mehmet Kubasik, am 04.04.2013.

Trotz einer deutlich gestiegenen Aufmerksamkeit und vermehrten Aktivität von Seiten der Stadt und der Dortmunder Stadtgesellschaft hielten Aufmärsche, Aktionen und Übergriffe aus den Reihen einer nach wie vor sehr aktivistischen und eng am Vorbild des historischen Nationalsozialismus orientierten örtlichen rechten Szene an. Vor allem auch während der sogenannten Wehrmachtsausstellung 2003 im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte verstärkten Rechtsradikale ihre Aktionen. Zugleich hielt die Dortmunder Zivilgesellschaft mit einer beeindruckenden Zahl von Veranstaltungen und Demonstrationen dagegen und zeigte, dass in Dortmund kein Platz für Geschichtsrevisionismus, Rassismus, und Antisemitismus ist.

Um langfristige Konzepte zu entwickeln, gab der Rat der Stadt am 13. September 2007 der Verwaltung den Auftrag, einen lokalen Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu erstellen. An das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer) wurde ein Auftrag für ein Gutachten vergeben. Auf der Basis des Ratsbeschlusses und den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen der Bielefelder Studie „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ wurde unter breiter Beteiligung der zivilgesellschaftlich Aktiven und der Dortmunder Bündnisse der „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ entwickelt. Der leitende Superintendent a. D. der Evangelischen Kirche in Dortmund, Hartmut Anders-Hoepgen, wurde zum ehrenamtlichen Sonderbeauftragten berufen und eine Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Büro des Oberbürgermeisters eingerichtet. Der Rat stellte finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Zivilgesellschaft in ihrem Kampf gegen rechtsextreme Umtriebe zu unterstützen. Ziel der Arbeit im Rahmen eines umfassenden städtischen Handlungskonzeptes war und ist eine Analyse des Rechtsextremismus in Dortmund sowie die Unterstützung, Vernetzung und der Ausbau bestehender Strukturen und Aktivitäten gegen Neonazis-

mus. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei nach wie vor in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Seit 2011 wird diese Arbeit durch die Opferberatungsstelle „BackUp“, die sich um Opfer rechter Gewalt kümmert, ergänzt. Träger ist seit Januar 2014 der Verein „BackUp – ComeBack. Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V.“, der sich mit seiner Teilorganisation „ComeBack“ zusätzlich um ausstiegswillige Angehörige der rechten Szene bemüht.

Gegenstand dieser Bemühungen waren vielfach die Aktivitäten des der militanten Kameradschaftsszene zuzuordnenden „Nationalen Widerstandes Dortmund“, der für rassistische und faschistische Aktivitäten in der Stadt verantwortlich war. Gleichzeitig versuchte dieser gezielt, die neonazistische Infrastruktur in der Stadt auszubauen.



So gab es über mehrere Jahre an unterschiedlichen Standorten einen rechten Szeneladen und später das sogenannte Nationale Zentrum – Insidern bekannt unter der Abkürzung „R 135“. Dieses Ladenlokal wurde als Treffpunkt, für Fortbildungen und zur Durchführung entsprechender Kameradschaftsabende genutzt. Es gelang der Stadt Dortmund, den Rechtsextremen dieses Haus „vor der Nase weg“ zu kaufen. Mit dem Verbot des Nationalen Widerstands Dortmund durch den nordrhein-westfälischen Innenminister im Jahr 2012 wurden die angemieteten Räume beschlagnahmt. Am 17. März 2015 konnte hier das Jugendkulturcafe des Jugendamtes eingeweiht werden.

Seit dem Verbot des „Nationalen Widerstandes“ ist es die rechtsradikale Kleinstpartei „Die Rechte“, in der sich Dortmunds Neonazis organisieren. Bei der Kommunalwahl 2014 gelang es ihr, der NPD eins von vorher zwei Mandaten im Rat abzunehmen und in vier Bezirksvertretungen einzuziehen. „Die Rechte“ versucht, ähnlich wie die FAP in den 1980er Jahren und später die Kameradschaftsszene, vor allem durch am historischen Nationalsozialismus orientierte radikale Aktionen ihre Gegner und andere Opfergruppen einzuschüchtern und eine rechte Straßenhegemonie zu erreichen. Gezielte Gegenstrategien der Runden Tische und Bündnisse, der Politik und Stadtverwaltung sowie der Dortmunder Polizei hindern sie bis heute daran, diese Strategie umzusetzen. Es gibt in Dortmund nach wie vor keine „national befreite Zone“ und die große Mehrheit der Stadtgesellschaft grenzt sich deutlich von den Rechtsextremen ab. Der Versuch, ein Parteibüro einzurichten, scheiterte.

Sechs Jahre nach Inkrafttreten des ersten „Dortmunder Aktionsplans gegen Rechtsextremismus“ haben geänderte Herausforderungen seine Novellierung erforderlich gemacht. Ein breit angelegter partizipativer Prozess hat dafür Sorge getragen, dass der Plan von der überwiegenden Mehrheit der Stadtgesellschaft begrüßt wird und eine gute Handlungsgrundlage für den Kampf gegen den Rechtsextremismus in Dortmund in den nächsten Jahren darstellt.

Zu den wesentlichen Anpassungen an die veränderten Herausforderungen gehören die Aufnahme der Handlungsfelder Öffentlichkeitsarbeit, Ausstieg und Deradikalisierung und Rechtspopulismus.

Mit „DORTBUNT! Eine Stadt.Viele Gesichter.“ veranstaltete die Stadt seit 2016 zum Jahrestag des Kriegsendes ein jährlich stattfindendes Stadtfest. Dabei stehen Kunst, Kultur und Musik ganz unter dem Zeichen der Dortmunder Vielfalt und gegen rechtsextreme Einfalt. Mit mehr als 80.000 Besuchern bei der dritten Auflage des Festes 2018 signalisierte die Stadtbevölkerung ihr Bekenntnis zu Vielfalt und Toleranz.

Wegen der vielfältigen Herausforderungen durch Neonazis in Dortmund-Dorstfeld liegt auf diesem Stadtteil ein besonderes Augenmerk. Seit 2017 unterstützt das Projekt „Quartiersdemokraten“ vor Ort das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung. Mit dem Demokratiefestival „Vielfalt lieben, Dorstfeld leben“ positionierten sich im April 2018 die Bewohner des Stadtteils mit Unterstützung der Stadt Dortmund und der Quartiersdemokraten klar gegen Raumgriff von Neonazis in ihrem Quartier und vereinnahmten in einer familiären und heiteren Atmosphäre den Wilhelmplatz als Zentrum ihres Viertels. Diesem Appell für Vielfalt schloss sich auch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Katharina Giffey an, als sie die Veranstaltung besuchte. Der Prozess des zivilgesellschaftlichen Engagements wurde im September 2018 durch eine weitere Großveranstaltung unter dem Titel „44149 - Platz für Vielfalt“ eindrücklich mit einem klaren Zeichen gegen Ausgrenzung und Hass fortgesetzt.

80 Jahre nach den schrecklichen Novemberpogromen an Jüdinnen und Juden und über 70 Jahre nach dem Ende von Krieg, Holocaust und nationalsozialistischer Verfolgung besteht in der Stadt Dortmund ein vielfältiges antifaschistisches Netzwerk aus Stadt und Zivilgesellschaft, das durch seine Standbeine Erinnerung und Prävention dafür sorgt, dass nichts vergessen und niemand allein gelassen wird und die ideologischen Erben der Täter von einst keine Chance bekommen.



Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Am 24. November 2011 beschloss der Rat der Stadt Dortmund den „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“. Dieser ruft Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft dazu auf, sich dem Rechtsextremismus auf allen Ebenen entgegenzustellen. Mit der Umsetzung des darin enthaltenen Handlungskonzept für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, beauftragte der Oberbürgermeister den bereits 2007 zum ehrenamtlichen Sonderbeauftragten berufenen Hartmut Anders-Hoepgen.

In der im Rathaus verankerten „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ arbeiten zudem drei städtische Mitarbeitende. Ihre Aufgabe ist es u.a. den seit 2008 eingerichteten Aktionsfond zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Aktionen zu betreuen.

Darüber hinaus koordiniert diese Stelle sämtliche Prozesse zur Weiterentwicklung und Umsetzung des Aktionsplans und lädt alle zivilgesellschaftlichen Akteure ein, sich aktiv am Prozess zu beteiligen.

Nähere Informationen zum Aktionsplan erhalten Sie im Internet unter:
www.vielfalt.dortmund.de

Kontakt

Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters Hartmut Anders-Hoepgen

Ansprechpartner der Koordinierungsstelle:
Birgit Miemitz, Michael Plackert und Julian Becker
Friedensplatz 1
44122 Dortmund
Tel. (0231) 50-2 64 50, 50-2 61 56 und 50-2 73 05
E-Mail: vielfalt@dortmund.de
Homepage: www.vielfalt.dortmund.de



Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

Seit Januar 2015 nimmt die Stadt Dortmund am Bundesförderprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit teil.

Dieses Programm hat sich zum Ziel gesetzt im Rahmen einer „Partnerschaft für Demokratie“ lokal für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beizutragen. Dabei geht es um die Stärkung der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommune, der Stärkung des Engagements für Demokratie, Förderung der Ausgestaltung einer vielfältigen lokalen Kultur des Zusammenlebens und Bearbeitung von örtlichen Problemlagen.

Im Rahmen des Programms können Initiativen, Vereine und andere lokale Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft zielgerichtet gefördert werden.

Das Programm wendet sich an Zielgruppen, wie Jugendliche, pädagogische Fachkräfte und Eltern, ebenso wie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den verschiedensten Bereichen der Dortmund Zivilgesellschaft.

Nähere Informationen zum Programm und den Fördermöglichkeiten finden sich unter der nachstehenden Internetadresse.

Kontakt

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie Birgit Miemitz

Friedensplatz 1
44122 Dortmund
Tel. (0231) 50-2 64 50
www.demokratie-leben.de oder www.vielfalt.dortmund.de



BackUp – ComeBack e. V.

Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V.

Dieser zivilgesellschaftliche Verein wurde im Juni 2013 in Hamm gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen Personen aus den demokratischen Parteien, Kirchen, DGB-Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Institutionen im westfälisch-lippischen Landesteil von NRW. Der Verein hat im Jahr 2013 offiziell die Trägerschaft für die beiden getrennt arbeitenden Beratungs-einrichtungen BackUp und ComeBack (später COBA-YANA) übernommen. Der gemeinnützige Verein finanziert die beiden Einrichtungen sowie weitere mögliche Arbeitsmodule der offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus über Fördermittel des Bundes, des Landes NRW, der Stadt Dortmund sowie über Sponsoren- und Spendengelder von Institutionen und Privatpersonen.

Dem Verein ist die Unterstützung und Begleitung der Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt wichtig. Mit einer offensiven und aufklärenden Öffentlichkeitsarbeit wollen wir den Opfern eine Stimme geben. Mit dem Projekt COBA-YANA wollen wir in der Beratung und durch die Gewinnung und den Einsatz von Multiplikator*innen den Sympathisant*innen oder Mitläufer*innen des Rechtsextremismus Alternativen vor dem Einstieg in die Szene aufzeigen. Ausstiegswilligen machen wir Hilfeangebote für ihren Weg heraus aus der rechtsextremen Szene. Zusammen mit vielen anderen Partnern in einem landesweiten Netzwerk wollen wir den Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden und gewalttätigen Ideologie, die unmittelbar an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, zurückdrängen und die demokratische Kultur stärken.

Kontakt

BackUp-ComeBack...e.V.

Hartmut Anders-Hoepgen (Vorsitzender)

c/o Der Paritätische, Friedensplatz 7, 44135 Dortmund

Tel. 0172/309 47 46

info@backup-comeback.de | www.backup-comeback.de



CoBa-Yana

Wege aus dem Rechtsextremismus – Beratung, Begleitung, Prävention

CoBa-Yana ist das Nachfolgeprojekt der Ausstiegsberatung ComeBack.

CoBa-Yana begleitet, berät und unterstützt Menschen, welche die rechtsextreme Szene verlassen möchten. Gemeinsam mit ihnen werden neue Lebensperspektiven jenseits der rechtsextremen Erlebniswelt entwickelt. Im Fokus der Arbeit von CoBa-Yana stehen dabei nicht nur Aussteigerinnen und Aussteiger aus der aktiven Szene, sondern auch junge Menschen, die gefährdet sind, in die rechtsextreme Szene abzudriften. Um einen Ausstieg vor dem Einstieg zu fördern, entwickelt CoBa-Yana Konzepte für die Aufklärung, Deradikalisierung und Prävention, die gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren und Institutionen aus der Stadt Dortmund umgesetzt werden. Neben der Unterstützung bei Distanzierungsprozessen und der Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen verfolgt CoBa-Yana das Ziel, Personen zu unterstützen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit und in ihrem sozialen Umfeld mit rechtsextremen Personen konfrontiert werden. CoBa-Yana bietet in diesen Fällen individuelle Beratung sowie Fortbildungen zur Förderung der individuellen Handlungssicherheit und der Entwicklung pädagogisch-didaktischer Leitlinien an.

Kontakt

CoBa-Yana

Tel. 0173/5 47 65 00

www.coba-yana.de



BackUp

Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Fast jeden zweiten Tag kommt es in NRW zu einer rechtsextrem oder rassistisch motivierten Gewalttat. Derartige Angriffe erleben die Betroffenen meist als unerwarteten Einschnitt in ihr Leben. Sie werden nicht als Individuum angegriffen, sondern als Repräsentantin oder Repräsentant einer Gruppe abgewertet. Dabei basieren die Angriffe auf einem menschenfeindlichen Weltbild der Täterinnen und Täter. Der gewaltsame Übergriff und seine Folgen sind für viele Betroffene nicht alleine zu bewältigen. Sie leiden nicht nur unter den körperlichen Verletzungen, sondern häufig auch unter Ängsten, Panik und dem Gefühl der Hilflosigkeit. An diesem Punkt setzt die Opferberatung BackUp an. Das Projekt wurde im November 2011 gegründet und ist zuständig für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster. Im Team der Opferberatung arbeiten fünf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unterstützung erfährt BackUp auch von Honorarkräften und Ehrenamtlichen.

Die Beratungseinrichtung unterstützt Betroffene, Angehörige, Zeuginnen und Zeugen von rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer, LSBTIQ-feindlicher oder sozialdarwinistischer Gewalt kostenlos und aufsuchend in Westfalen. Die Beraterinnen und Berater hören zu und unterstützen bei der Bewältigung der (un)mittelbaren und (im)materiellen Angriffsfolgen sowie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, damit sie neue Handlungsspielräume gewinnen. BackUp bietet eine psychosoziale Beratung und unterstützt bei rechtlichen Fragestellungen oder Entschädigungsansprüchen. Zudem begleiten die Beraterinnen und Berater zu Arzt-, Polizei- und Gerichtsterminen.

Die Beratung erfolgt unentgeltlich, vertraulich und auf Wunsch anonym an einem Ort, den die Betroffenen wählen. Darüber hinaus ist es ein wesentliches Ziel von BackUp, die Öffentlichkeit für das Problem rechtmotivierter Gewalt zu sensibilisieren und die Perspektive der Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken. Auf diese Weise will die Opferberatung gesellschaftliche und politische Solidarisierungsprozesse anregen.

Gefördert wird die Opferberatung durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Stadt Dortmund. Zum 1. Januar 2014 hat der zivilgesellschaftliche Verein „BackUp – ComeBack e. V.“ die Trägerschaft der Opferberatung übernommen.

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Kontakt

BackUp

Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt
c/o Backup-Comeback e.V.
Stefanstraße 2
44135 Dortmund
Tel. (0231) 95 65 24 82
Mobil: 0172/1045432
E-Mail: contact@backup-nrw.org



Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Das 1928 als Teil der Polizeiwache an der Steinstraße, besser bekannt als „Steinwache“, errichtete Dortmunder Polizeigefängnis stellte zwischen 1933 und 1945, bekannt als „Hölle Westdeutschlands“, einen der zentralen Orte nationalsozialistischer Verfolgung in Dortmund dar. Noch bis 1959 wurde es von der Dortmunder Polizei genutzt und diente anschließend bis 1986 als Unterkunft für Obdachlose. Aufgrund zivilgesellschaftlichen Engagements gelang es, Abrisspläne abzuwenden, die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ des Dortmunder Stadtarchivs in das ehemalige Gefängnisgebäude zu integrieren und selbiges 1992 als „Mahn- und Gedenkstätte Steinwache“ zu eröffnen. Die Steinwache ist seitdem ein lokaler Lernort der historisch-politischen Bildung für Dortmund und die ganze Region.

Öffnungszeiten sind dienstags bis sonntags von 10.00 bis 17.00 Uhr, der Eintritt ist kostenlos. Ausstellungsführungen, Kurzseminare und Projektstage können über den unten stehenden Kontakt gebucht werden.

Die Steinwachen-App ist im Google-Store und im App-Store kostenlos erhältlich.

Kontakt

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache
Dr. Stefan Mühlhofer
 Steinstraße 50
 44147 Dortmund
 Tel. (0231) 50-2 50 02
 Fax (0231) 50-2 60 11
 stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de
 www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/dortmund



Ordnungsamt Dortmund – Task Force Dorstfeld

Das Ordnungsamt Dortmund hat sich aktiv in das Netzwerk gegen Rechtsextremismus eingebracht und wird dies auch zukünftig tun.

In enger Abstimmung mit der Polizei ist das Ordnungsamt mit uniformierten Kräften regelmäßig in Dorstfeld präsent. Diese Präsenz wird bei Bedarf kurzfristig erhöht und kann auch auf andere Stadtteile ausgedehnt werden. Illegale gewerbliche Aktivitäten zu bekämpfen ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt.

Kontakt

Stadt Dortmund
Beate Siekmann, Leiterin des Ordnungsamtes
 Olpe 1
 44122 Dortmund
 E-Mail: ordnungsamt@stadtdo.de
 www.ordnungsamt.dortmund.de

Jobcenter Dortmund

Das Jobcenter Dortmund setzt sich für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit seiner Kundschaft und seiner Mitarbeitenden ein. Verletzungen dieser im Grundgesetz verankerten Grundrechte, verursacht durch Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, Kundinnen oder Kunden werden nicht akzeptiert.

Das Jobcenter Dortmund ist stolz auf seine vielfältige und facettenreiche Mitarbeiterschaft, aus dieser Vielfalt bezieht es seine Stärke. Es spielt keine Rolle welchem Geschlecht, welcher Nationalität, Religion oder sexueller Orientierung die Mitarbeitenden angehören. Das Jobcenter Dortmund hat sich durch sein Leitbild verpflichtet, ebenso auf die Gleichbehandlung seiner Kundinnen und Kunden zu achten, sie unabhängig von Geschlecht, Alter, Nationalität, Religion und sexueller Orientierung zu unterstützen und benachteiligungs- und wertfreie Entscheidungen zu treffen.

Das Jobcenter Dortmund unterstützt aktiv den Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters Dortmund nehmen regelmäßig an Seminaren zur Interkulturellen Öffnung von Verwaltungen teil (AMIF).

Kontakt

Jobcenter Dortmund
Büro der Geschäftsführung
Südwall 5-9
44137 Dortmund
Tel. (0231) 8 42 14 92
Tel. (0231) 8 42 21 92

Integrationsrat der Stadt Dortmund

Nicht erst seit der Aufdeckung der Morde des NSU wird deutlich, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zunehmend in den Fokus der Rechtsextremisten geraten.

Für den Integrationsrat der Stadt Dortmund als ein von der Dortmunder Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte nach demokratischen Prinzipien gewähltes Gremium ist es daher selbstverständlich, sich aktiv für die Bekämpfung rechtsextremistischer, menschenfeindlicher und diskriminierender Ideologien einzusetzen und dies als ein Hauptziel seiner politischen Arbeit zu definieren.

Die Mitglieder des Integrationsrates engagieren sich darüber hinaus in vielfältiger Weise in den zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechtsextremismus in der Stadt.

Kontakt

Geschäftsstelle des Integrationsrates
Bettenstraße 19
44122 Dortmund
Tel.: (0231) 50-2 25 20
Fax: (0231) 50-1 00 27
E-Mail: integrationsrat@dortmund.de
www.integrationsrat.dortmund.de



Respekt-Büro

Respekt ist mehr als Akzeptanz

Das Respekt-Büro des Jugendamtes führt Trainings, Projekte und Workshops für Jugendliche und Fachleute im schulischen und außerschulischen Bereich durch.

Besondere Schwerpunkte sind antirassistische Bildungsarbeit, universelle Menschenrechte, Förderung demokratischer Werte und vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung. Mit diesen Maßnahmen leistet das Respekt-Büro einen wesentlichen Beitrag für eine gelebte Demokratie Jugendlicher in Dortmund.

Als besonderes Angebot steht zusätzlich eine Anlaufstelle für Eltern und Bezugspersonen von rechtsextremen Jugendlichen zur Verfügung.

Kontakt

Stadt Dortmund – Jugendamt
Respekt-Büro
Stefan Woßmann
 Rheinische Straße 135, 44147 Dortmund
 Tel. (0231) 47 79 84 61
 Fax (0231) 47 79 84 70
 respekt@dortmund.de
 www.dortmund.de/respekt



Schule ohne Rassismus

Schule mit Courage

Das bundesweite Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wurde 1995 von der Aktion Courage e.V. ins Leben gerufen. Indem Schülerinnen und Schüler sich mit verschiedenen Formen von Diskriminierung und Gewalt auseinandersetzen, werden Ideen für einen respektvollen Umgang miteinander entwickelt. Diese Ideen reichen oft weit über die Schule hinaus.

46 Schulen gehören derzeit zum Dortmunder Courage Netzwerk:

- 7 Berufskollegs • 1 Förderschule • 6 Gesamtschulen •
- 8 Grundschulen • 15 Gymnasien • 1 Hauptschule •
- 7 Realschulen • 1 Sekundarschule.

In NRW wird die Netzwerkarbeit vom Schulministerium personell unterstützt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landeskoordinationsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI) fördern die Zusammenarbeit der Courage Schulen in der Region und vermitteln Referentinnen und Referenten zu den Themen Demokratie, Zivilcourage und Aufklärung über extremistische Weltanschauungen. Sie organisieren für alle Engagierten Vernetzungstreffen auf Landesebene und seit 2018 für die Jugendlichen eine Ausbildung zum Courage-Coach. Die Regionalkoordination, angesiedelt bei MIA-DO Kommunales Integrationszentrum Dortmund, unterstützt die Schulen in der Stadt bei ihrer (Zusammen-) Arbeit, berät bei der Projektplanung und überreicht während der festlichen Titelverleihung die Urkunde aus Berlin.

Kontakt

Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates
MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund
 Helena Breidt
 Betenstraße 19, 44122 Dortmund
 Tel. (0231) 50 2 63 13
 E-Mail: hbreidt@stadtdo.de



90 Minuten gegen Rechts

Das Projekt „90 Minuten gegen Rechts“ wird seit 2009 durch die DGB-Jugend Dortmund-Hellweg angeboten und von geschulten Teamerinnen und Teamern vor Ort durchgeführt. Schirmherr ist der Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau.

Das Projekt wendet sich kostenlos an Schulklassen, Schülerinnen- und Schülervertretungen, Ausbildungsstätten und Jugendgruppen in Dortmund sowie in Hamm und in den Kreisen Unna und Soest. Es können jeweils 90-minütige Module zum Thema Rechtsextremismus mit unterschiedlichen Schwerpunkten gebucht werden: Alte und neue Symbole der rechten Szene, Musik als Rekrutierungsversuch der extremen Rechten, Argumente gegen rechte Parolen, die rechte Szene in Dortmund oder Diskriminierung im Fußball(-stadion). Letzteres Modul ist in Zusammenarbeit mit dem BVB-Lernzentrum und Borussia Dortmund entstanden und wird zusätzlich im BVB-Lernzentrum angeboten. Zudem gibt es noch die Möglichkeit, einen Projekttag in der Steinwache Dortmund zu buchen. Dort wird der lokale Zusammenhang zwischen der Zeit des Nationalsozialismus und der heutigen rechten Szene in Dortmund aufgezeigt.

Im zehnten Jahr des Projekts angelangt wurden schon über 1.200 Module durchgeführt und das vor insgesamt ca. 30.000 Schülerinnen und Schülern. Um noch mehr junge Menschen erreichen zu können und die Aktualität des Projekts zu wahren, werden die Module immer wieder überarbeitet. Zurzeit wird ein neues Modul zum Thema Fake-News konzipiert, welches voraussichtlich ab Ende 2018 angeboten werden kann.

Kontakt

DGB Region Dortmund-Hellweg
Marijke Garretsen
 Jugendbildungsreferentin
 Ostwall 17–21, 44135 Dortmund
 E-Mail: Marijke.Garretsen@dgb.de



leuchte auf
 DIE BVB STIFTUNG



Borussia verbindet ...

„Borussia verbindet Generationen, Männer und Frauen, alle Nationen!“ Dieser BVB-Songtext von Bruno Knust steht sinnbildlich für das Engagement von Borussia Dortmund gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen jeglicher Art. Dahinter steht die große schwarzgelbe Familie mit den Verantwortlichen des BVB, der Stiftung „Leuchte auf“ sowie der Fan- und Förderabteilung und vor allem den vielen Fans und Fanclubs. Bereits seit einigen Jahren arbeitet man beim BVB nun strukturiert und gemeinsam als ein Akteur auftretend an verschiedenen Säulen der Antidiskriminierung. Vorrangiges Ziel dabei: Das positive Netzwerk der eigenen Fans stärken, um sich damit für Vielfalt und gegen Diskriminierung einzusetzen.

Für den BVB beginnt der Einsatz gegen Rechtsextremismus in der verantwortungsvollen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Mit speziellem Fokus auf die Dortmunder Vergangenheit erarbeitet Borussia gemeinsam mit den Fanstrukturen Bildungsfahrten in Gedenkstätten und möchte mittelfristig dazu beitragen, das Gedenken der Dortmunder Opfer des Nationalsozialismus aufrecht zu halten. Die Mechanismen rassistischer und antisemitischer Ausgrenzung finden sich jedoch auch in der Gegenwart. Borussia Dortmund tritt diesen entgegen und versucht, die Aktivitäten der unterschiedlichen Institutionen und Aktivistinnen zu bündeln sowie die unterschiedlichen Faninitiativen finanziell wie auch infrastrukturell zu fördern. Dazu zählen unter anderem bekannte Aktionen wie „Kein Bier für Rassisten“ oder auch der „Aktionstag“ mit Workshops zum Thema Rechtsextremismus im Stadion. Dabei steht immer im Vordergrund die Fans einzubeziehen und nicht von oben herab zu handeln. Eben gemeinsam für Borussia – und gegen Rassismus!

Kontakt

Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA
 Rheinlanddamm 207–209, 44137 Dortmund
 info@bvb.de



Brackel „Bunt-statt Braun“

Das Netzwerk „Bunt-statt-Braun“ entstand 2007 im Stadtbezirk Brackel. Damals bestand die Notwendigkeit, innerhalb von wenigen Tagen eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten für ein komplettes Wochenende zu planen, um den Nazis den Raum für eine geplante Demonstration zu nehmen.

Das Netzwerk arbeitet bis heute und ist trotz wechselnder Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner wie auch sich verändernden Aufgaben ein Garant für den dauernden Kampf gegen Rassismus und Intoleranz geworden. Aktive kommen aus vielen Vereinen, Verbänden, den Kirchen und der Politik. Sie repräsentieren einen bunten Querschnitt der Stadtgesellschaft.

Die Veranstaltungen reichen von Lesungen bis hin zu Konzerten und Diskussionen. Daran arbeiten die Akteurinnen und Akteure seit Jahren mit Erfolg und viele der ehemals einmaligen Aktionen sind mittlerweile zu eigenständigen Ereignissen herangewachsen. Das jährliche Open-Air-Konzert rund um die Jugendfreizeitstätte Brauks ist jetzt ein fester Bestandteil im Kalender, ebenso wie das Friedensgebet der Religionen auf der Halde Schleswig. Die Gedenkstätten im Stadtbezirk haben sich zu Orten von regelmäßigen Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen entwickelt. Als organisatorische Klammer fungiert zunehmend das Stadtbezirksmarketing, das 2018 einen großen Erfolg verbuchen konnte: die Rechte an dem Logo „Bunt-statt-braun“ konnten dauerhaft für Aktionen in Gesamt-Dortmund gesichert werden.

Eine völlig neue Aufgabe ist den Akteurinnen und Akteuren mit der Betreuung der Geflüchteten zugekommen. Gerade nach dem Ende der großen Flüchtlingsdörfer im Stadtbezirk sind es die zahlreichen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler, vielfach die Menschen aus dem Netzwerk „Bunt statt braun“, die den zugewanderten Familien immer noch mit Rat und Tat zur Seite stehen. Viele Freundschaften sind so entstanden und es konnten neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewonnen werden.

Zahlreiche Aktionen wenden sich speziell an junge Menschen, etwa die Graffiti-Wettbewerbe oder 2017 die Idee, den gesamten Hellweg von Dorstfeld bis Wickede mit dem „Bunt-statt-braun“-Logo zu besprühen. Daher ist es nicht erstaunlich, dass es zunehmend gelingt, Nachwuchs zu gewinnen, auch für die Mitarbeit in anderen Bereichen, etwa in der Gedenkstättenarbeit. Das lässt die „Alten Hasen“ beruhigt in die Zukunft sehen.

Kontakt

Netzwerk Brackel Bunt-statt-Braun

Brackeler Hellweg 170
44309 Dortmund
E-Mail: bvst-brackel@dortmund.de



Dortmunder Runder Tisch gegen Rechtsextremismus

Oberbürgermeister Ullrich Sierau hat im März 2012 erstmalig wichtige Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Handel, zivilgesellschaftlichen Institutionen, Lehre und Ausbildung, Polizei und Verwaltung in der Stadt zum „Dortmunder Runden Tisch gegen Rechtsextremismus“ eingeladen.

Durch die Einrichtung des Runden Tisches ist die gesamte Breite der Stadtgesellschaft mit ihrer Leitungsebene beim Einsatz gegen Rechtsextremismus repräsentiert und vernetzt. Informationen fließen schneller und direkter, gemeinsames Überlegen, Verabreden und Handeln werden gefördert, gemeinsame Positionen entwickelt.

Damit wird bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen gestärkt, zu mehr Zivilcourage ermutigt und auf allen Ebenen Gesicht gezeigt gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus.

Der Runde Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld

In Dorstfeld haben sich seit über zehn Jahren zahlreiche Dorstfelder Organisationen, Vereine, Jugendhilfeträger, Schulen und Einzelpersonen zum Runden Tisch für Toleranz und Verständigung in Dorstfeld zusammengeschlossen.

Ziel des Runden Tisches ist es, mit demokratischen Formen der Auseinandersetzung und der Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements den in Dorstfeld ansässig gewordenen Rechtsextremen deutlich zu machen, dass antidemokratische Bestrebungen und Handlungen von den Menschen dieses Stadtteils nicht geduldet werden. Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Runden Tisches, ist der Informationsaustausch über die Aktivitäten der rechten Szene im Stadtteil und darüber hinaus. Des Weiteren wird durch die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten und Maßnahmen deutlich gemacht, dass der Stadtteil Dorstfeld fest in demokratischer Hand ist. Im Fokus der präventiven Maßnahmen stehen dabei besonders die Heranwachsenden und jungen Menschen im Stadtteil.

Kontakt

Koordinierungsstelle für Vielfalt Toleranz und Demokratie
Birgit Miemitz, Michael Plackert
 Friedensplatz 1
 44122 Dortmund
 Tel. (0231) 50-2 64 50 und 50-2 61 56
 vielfalt@dortmund.de
 www.vielfalt.dortmund.de

Kontakt

Koordinierungsstelle für Vielfalt und Toleranz
 Friedensplatz 1
 44122 Dortmund
 Tel.: (0231) 50-2 64 50
 E-Mail: vielfalt@stadtdo.de
 www.vielfalt.dortmund.de

Projekt „Quartiersdemokraten“

Das Projekt „Quartiersdemokraten“ unterstützt und berät Menschen, die sich im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren möchten.

Die Quartiersdemokraten sind ansprechbar für Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen, die hierfür Unterstützung benötigen. Gemeinsam entwickeln sie Handlungsstrategien und Interventionsmöglichkeiten, die sich an den Gegebenheiten im Stadtteil orientieren. Dabei wird versucht, Akteure vor Ort weiter zu vernetzen und zu aktivieren. Denn gemeinsames Eintreten für demokratische Werte benötigt Handlungsfähigkeit und starke Netzwerke.

Die Quartiersdemokraten sind daher eine Anlaufstelle für alle, die sich über Rechtsextremismus und seine Strategien im Stadtteil informieren möchten. Hierzu entwickeln sie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch entsprechende Materialien und Handreichungen.

Wer sich unsicher sind, wie man sich engagieren kann, oder Fragen zum Umgang mit Rechtsextremismus in Dorstfeld hat, wird hier beraten. Die Angebote sind kostenfrei und vertraulich.

Kontakt

Projekt Quartiersdemokraten

Postfach 50 01 03
44201 Dortmund
Tel.: (0231) 53 45 37 24
E-Mail: kontakt@quartiersdemokraten.de
www.quartiersdemokraten.de

Runder Tisch für ein demokratisches Eving

Der Runde Tisch für ein demokratisches Eving hat sich auf Einladung des Bezirksbürgermeisters Anfang 2015 gegründet.

Beim Runden Tisch treffen sich Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien, der Kirchengemeinden, der Migrantenselbstorganisationen, der Schulen, aus Evinger Vereinen, Organisationen der Wohlfahrtspflege und aus Jugendeinrichtungen. Die Mitglieder möchten gemeinsam Zeichen setzen und Aktivitäten entwickeln, die deutlich zeigen, dass rechtsextreme Haltungen und Einstellungen nicht der Evinger demokratischen Kultur entsprechen und nicht geduldet werden.

Dabei sollen die Aktivitäten zum einen darauf zielen, die Demokratie auch im öffentlichen Raum zu schützen, und zum anderen setzen sie einen Schwerpunkt auf die gezielte Weiterentwicklung präventiver Angebote für Kinder und Jugendliche.

Kontakt

E-Mail: bvst-ewing@stadtdo.de

Runder Tisch gegen Rechts in Huckarde

Seit Ende 2012 versucht die Partei „Die Rechte“, in Huckarde ein Parteibüro zu eröffnen. In unmittelbarer Reaktion hierauf haben sich in Huckarde zahlreiche gesellschaftlich relevante Gruppierungen zusammengeschlossen, um Aktionen gegen Rechtsextremismus zu koordinieren.

Neben den demokratischen Parteien engagieren sich Huckarder Vereine, Schulen, Kirchen, Jugendorganisationen, Träger der Jugendpflege, Arbeitskreise und interessierte Einzelpersonen.

Dieser Runde Tisch stellt in Huckarde den Informationsaustausch über Aktivitäten der rechten Szene sicher und ist Anlaufstelle für Betroffene. In einer ganzen Reihe von Veranstaltungen wurde mit breitem bürgerschaftlichen Engagement ein Zeichen für Demokratie, Toleranz und gesellschaftliche Vielfalt gesetzt.

Runder Tisch gegen politischen Extremismus in Lütgendortmund

Im September 2011 hat die Bezirksvertretung Lütgendortmund einstimmig beschlossen, einen Gesprächskreis über den politischen Extremismus einzuberufen, an dem alle Parteien, Kirchen und gesellschaftlich relevante Gruppen im Stadtbezirk sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können.

Seither finden regelmäßige Treffen statt, im Rahmen derer Informationen über extremistische Bestrebungen und Handlungsweisen auf breiter Basis ausgetauscht werden. Aus dem runden Tisch hat sich ein stabiles Netzwerk entwickelt, das flexibel auf Problemstellungen im gesamten Stadtbezirk reagiert. Gemeinsam setzt sich der Runde Tisch für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ein.

Kontakt

Harald Hudy
Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Huckarde
Rahmer Straße 1
44369 Dortmund
Tel.: (0231) 5 57 73 00
E-Mail: Hudy@Hudy-Eitner.de

Kontakt

E-Mail: bvst-luetgendortmund@stadtdortmund.de



Netzwerks gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede

Das „Netzwerk gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss demokratischer Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen aus dem Stadtbezirk Mengede, mit dem Ziel, die Ausbreitung rechts-extremistischen Gedankenguts zu verhindern. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mengede sollen für die Gefahren, die von rechtsgerichteten Organisationen ausgehen, sensibilisiert werden.

Das Netzwerk ist ein loser Zusammenschluss von Personen und Gruppen. Eine besondere Rechtsform gibt es nicht. Gegenüber Behörden treten einzelne Personen der Steuerungsgruppe des Netzwerkes als Ansprechpartner auf. Die Organisation erfolgt durch halbjährliche Treffen, bei denen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleichberechtigt sind. Zur Vorbereitung von Aktionen können zusätzliche Treffen anberaumt werden.

Das Netzwerk gegen Rechts im Stadtbezirk Mengede möchte möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreichen, um mit gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen ein klares Zeichen für Vielfalt, Verständigung sowie Demokratie und gegen den Rechtsextremismus zu setzen. Anschließend können sich alle Einzelpersonen oder Gruppen, die sich mit den aufgeführten Zielen identifizieren. Die Teilnahme am Netzwerk und dessen Aktionen ist freiwillig.

Kontakt

R. Martin-Bullmann
Wiedenhof 2
44359 Dortmund
Tel.: (0231) 333701



Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

Unser Motto: **bunt statt braun!**

Der „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“ wurde im Jahr 2005 gegründet. Aber schon vorher haben einige Mitgliedsorganisationen Demonstrationen gegen Rechts organisiert und 2003 die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ nach Dortmund geholt. Sehr frühzeitig wurde auch auf den neuartigen Rechtsextremismus in der Stadt hingewiesen (siehe die Dossiers unter www.dortmund-rechts.de).

Mitgliedsorganisationen sind die Dortmunder Gliederungen von:

- AStA der Technischen Universität
- Auslandsgesellschaft
- AWO
- Bündnis 90/Die Grünen
- CDU
- DGB
- Der Paritätische
- Evangelischer Kirchenkreis
- Evangelische Studierendengemeinde
- Fachhochschule
- Integrationsrat der Stadt
- Jugending
- Katholische Stadtkirche
- „Pro Dortmund“ (der AWO zugehörig)
- SPD
- Verein gegen Vergessen – für Demokratie

Der Arbeitskreis verbindet Organisationen aus der Mitte der Gesellschaft im Einsatz für Demokratie und Toleranz. Unterschiedliche weltanschauliche Orientierungen wirken hier zusammen - ein Abbild der Dortmunder Zivilgesellschaft, die nicht wegschaut, wenn Verfassungsfeinde die freiheitliche Demokratie angreifen. Das Netzwerk analysiert fortlaufend die rechtsextreme Szene und zunehmend



Bündnis Dortmund gegen Rechts

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts (BDgR) besteht seit Mai 2000 und ist somit die am längsten arbeitende Initiative gegen Rechts in Dortmund. Im Bündnis arbeiten Menschen aus Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Gemeinden und Jugendorganisationen sowie weitere antifaschistisch engagierte Menschen zusammen. Das BDgR geht davon aus, dass gegen den Neofaschismus alle demokratischen Kräfte zusammenstehen müssen. In den 1920er und 30er Jahren wurde das versäumt – einer der Gründe, weshalb sich der deutsche Faschismus entwickeln und an die Macht gelangen konnte. Neonazis können in solchen Städten ihre Strukturen schlecht entwickeln, wo die Gesellschaft in der Lage ist, sich über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg auf einen grunddemokratischen Nenner zu einigen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Gemeinsam werden Ideen entwickelt sowie Veranstaltungen und Aktionen gegen alte und neue Nazis diskutiert und geplant. Die Handlungsfelder haben sich im Laufe der Zeit um das konsequente Eintreten für den Frieden und um die unbedingte Solidarität mit Geflüchteten erweitert. Es werden Feste und gemeinsame Soli-Konzerte gegen Rechts organisiert und Geflüchtete in ihren Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben und gegen Abschiebungen unterstützt. Die Arbeit des Bündnisses ist von Beginn an auf Dauer angelegt und will mehr als nur auf Naziprovokationen reagieren. Die gesamten Handlungsfelder sind:

- Aufklärung über Wurzeln, Erscheinungsformen, Strukturen und Ziele des Neofaschismus. Dazu organisiert das Bündnis Dortmund gegen Rechts Vortrags- und Gesprächsveranstaltungen und Infostände.

auch die Gefahren durch Rechtspopulismus, veröffentlicht Informationen zum Thema und lädt zu Diskussionsveranstaltungen ein. In den letzten Jahren hat der Arbeitskreis viele der großen Demonstrationen gegen Naziaufmärsche in Dortmund organisiert und immer wieder Mahnwachen, zum Beispiel zum Schutz von Flüchtlingsunterkünften, abgehalten.

Alle Aktionen sind strikt gewaltfrei und können auch von denen besucht werden, die keine politische Erfahrung haben. Jugendliche und Jugendorganisationen sind zum Mitmachen eingeladen. Das Gewaltmonopol des Staates als zivilisatorische Errungenschaft wird geachtet, von Polizei und Justiz aber auch die konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten gefordert.

Wer am Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus interessiert ist, kann sich fortlaufend über den Newsletter KontraRE informieren (kostenlos anzufordern unter kontraRE@gmx.de). Der Arbeitskreis hilft, wenn Referenten oder Referentinnen für Gruppen gesucht werden oder Kooperationswünsche für Projekte bestehen. Auch beim Arbeitskreis zu bekommen sind die gelben Plakate „Dortmund hat keinen Platz für Rechtsextremismus“ und die Aufkleber „Dortmund Bunt statt Braun“.

Kontakt

DGB Dortmund Jutta Reiter

Ostwall 17–21
44135 Dortmund
Tel. (0231) 55 70 44-0
E-Mail: dortmund@dgb.de

Ev. Kirchenkreis Dortmund Pfr. Friedrich Stiller

Jägerstraße 5
44145 Dortmund
Tel. (0231) 84 94-373
E-Mail: rgv@ekkdo.de
www.dortmund-rechts.de
Facebook- und Twitter-Accounts

BlockaDO

Gemeinsam gegen Nazis

BlockaDO – Gemeinsam gegen Nazis

Das Bündnis BlockaDO hat sich 2014 gegründet. Im Rahmen der Gründungsvorbereitungen wurde ein gemeinsamer Aktionskonsens erarbeitet und verabschiedet. Dieser orientiert sich an vorhandenen Vorlagen, die durch eigene Ideen erweitert wurde. Der Aktionskonsens besagt:

- BlockaDO ist ein breites Netzwerk aus unterschiedlichen Spektren, die gemeinsam und solidarisch handeln.
- BlockaDO ist entschlossen, Naziaufmärsche mit Blockaden zu verhindern.
- BlockaDO-Blockaden sind Menschenblockaden, bei denen alle mitmachen können.
- BlockaDO-Blockaden sind ein gerechtfertigtes Mittel des passiven Widerstands und des zivilen Ungehorsams.
- Die Vielfalt der Partnerinnen und Partner ist die Stärke von BlockaDO.

Seitdem sind viele - auch ungewöhnliche Aktionen - erfolgreich durchgeführt worden. Es wird immer gemeinsam entschieden, welche Aktionen wie durchgeführt werden und entsprechend dafür mobilisiert. Der Aktionskonsens zeigt bereits auf, wie sich das Bündnis gemeinsames Handeln vorstellt. Im folgenden Aktionsbild werden diese Punkte noch weiter ausformuliert:

- BlockaDO wünscht sich eine „bunte Blockade“ – bunt auch im Kleidungsbild.
- Zum Schutz vor Nazi-Fotografen stellt BlockaDO Pappschilder zur Verfügung, um sie bei Bedarf vor die Gesichter halten zu können.
- BlockaDO wünscht sich eine fröhliche Blockade, zu der Musikinstrumente und geeignete Spiele mitgebracht werden können. Kreativität erwünscht.

- Das Bündnis hat eine eigenständige antifaschistische Kultur im öffentlichen Raum entwickelt. Sie soll alle Interessierten zur kreativen Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart einladen.
- Widerstand gegen Nazistrukturen und Aufmärsche. Das Bündnis Dortmund gegen Rechts entwickelt Aktivitäten gegen Nazitreffpunkte und verfolgt den Anspruch, gemeinsam mit anderen koordiniert gegen Naziaufmärsche auf die Straße zu gehen. Der sichtbare Protest wird vom BDgR als ebenso wichtig erachtet wie die Aufklärung und Kulturarbeit.
- Das Bündnis ist der Meinung, dass Faschismus und Krieg auf die gleichen Wurzeln zurückzuführen sind. Chauvinismus, Rassismus, Machtgier und Menschenverachtung kennzeichnen beide. Das Bündnis verurteilt die Kriege, die in Afghanistan, dem Nahen Osten, in der Ukraine und in anderen Teilen der Welt toben. Den Opfern der Kriege, die zu uns fliehen, gehört seine Solidarität.

Wer im Sinne dieser Ziele aktiv werden möchte, ist im BDgR herzlich willkommen.

Kontakt

Bündnis Dortmund gegen Rechts

Postfach 10 06 16
44006 Dortmund
E-Mail: dortmundgegenrechts@gmx.de
www.dortmundgegenrechts.wordpress.com

- BlockaDO wünscht sich für seine Blockade-Aktionen keine Fahnen von Parteien, politischen Zusammenhängen oder Nationen. Das Ziel ist ausschließlich die gemeinsame Botschaft: Als BlockaDO Naziaufmärsche zu blockieren.
- Die BlockaDO-Blockade ist für alle Menschen offen. Ob jemand bei der ersten Aufforderung der Polizei gehen möchte oder sich an andere Menschen fest klammert bis er von der Polizei weggetragen wird, spielt dabei keine Rolle und verdient unseren Respekt.
- Alle Teilnehmer eint das Ziel, Naziaufmärsche erfolgreich zu verhindern.



Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus

Die Evangelische Kirche in Dortmund ist seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus aktiv. Unter dem Motto: „Unser Kreuz hat keine Haken!“ trifft sich seit 2012 der „Arbeitskreis Christen gegen Rechtsextremismus“ (CgR). Ihm gehören mehr als 100 Einzelpersonen und ein Drittel der Kirchengemeinden in Dortmund an. Ziel ist eine Vernetzung innerhalb der Evangelischen Kirche; mit dabei sind aber auch Katholiken und andere Interessierte.

Der Arbeitskreis schafft Gelegenheit, sich über Gemeindegrenzen hinweg auszutauschen, Informationen zur lokalen rechten Szene zu bekommen oder auch gemeinsame Aktionen zu verabreden. Neben dem Rechtsextremismus treten zunehmend das Problem der „Neuen Rechten“ sowie rechtspopulistische Parteien und Vereine in den Fokus der Aktivitäten des CgR. Der Arbeitskreis, der über die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“ (BAG K+R) auch deutschlandweit vernetzt ist, trifft sich einmal im Quartal. Er bietet regelmäßige Informations- und Diskussionsveranstaltungen an. Themen waren beispielsweise die Geschichte des Rechtsextremismus in Dortmund, das NPD-Verbotsverfahren oder Diskussionen mit dem Polizeipräsidenten.

Wer mitarbeiten will, kann sich anmelden und erhält ein Start-Infopaket.

Kontakt

E-Mail: kontakt@blockado.info

Kontakt

Koordinierungskreis Christen gegen Rechtsextremismus
Evangelischer Kirchenkreis Dortmund
Pfarrer Friedrich Stiller/Diane Spitz
Jägerstraße 5
44145 Dortmund
Tel. (0231) 84 94-373
E-Mail: rgv@ekkdo.de
www.christen-rechts.de
Facebook: Christen gegen Rechts –
Arbeitskreis der Ev. Kirche in Dortmund



Huckarder Bündnis GEGEN Rechts

Das Aktionsbündnis „Huckarder Bündnis GEGEN Rechts“ hat sich 2012 gebildet, als bekannt wurde, dass die Partei „Die Rechte“ ein Ladenlokal nahe des Huckarder Ortskerns mit der Absicht gekauft hatte, dort ein Parteibüro zu eröffnen. Das Bündnis besteht aus einem breiten Spektrum von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Schulen, Kirchen-, Moscheegemeinden und Parteien. Mittlerweile sind die Aktivitäten des Bündnisses über die Grenzen des Stadtbezirks hinaus bekannt.

Aus einer ersten spontanen Kundgebung nahe des Ladenlokals entwickelte sich in den folgenden Wochen rasch eine regelmäßige Demonstration auf dem Huckarder Marktplatz, die den entschlossenen Widerstand der Bevölkerung deutlich machte. Dabei gehörte es von Anfang an zur Tradition dieser Kundgebung, dass sich bekannte Künstlerinnen und Künstler Dortmunds zur Verfügung gestellt haben und eindeutig Stellung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie bezogen haben.

Das Bündnis legt großen Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Rechts. Das Bündnis beobachtet mögliche rechtsextreme Aktivitäten im Stadtteil aufmerksam und kommt anlassbezogen zusammen. Die Botschaft des Aktionsbündnisses lautet aber weiterhin unmissverständlich: „Ladenschluss! – Kein Nazibüro in Huckarde und anderswo.“

Kontakt

E-Mail: hubuegegenrechts@gmx.de
Facebook: Huckarder Bündnis gegen rechts

Pro-Dortmund e.V.

Unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt“ stehen beim AWO Unterbezirk Dortmund vielfältige Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Im Jahr 2009 erfolgte die Gründung von Pro-Dortmund e.V. durch 16 Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Mitglieder der AWO Dortmund. Es war die Zeit, als sich nach dem Vorbild der rechtspopulistischen Bewegung „Pro Köln“ in einigen Städten weitere Pro-Gruppen gründen wollten. Die AWO Dortmund hat hier strategisch und kreativ die Etablierung von Ablegern der Pro-Bewegung in der Stadt Dortmund verhindert. Die Internetdomänen wurden besetzt und der Name durch den Vereinsstatus geschützt.

Zweck des Vereins ist die Förderung des demokratischen Bewusstseins. Der Verein setzt sich für ein friedliches Zusammenleben aller in Dortmund lebenden Menschen ein, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Nation und ihrer religiösen Beziehung. Pro-Dortmund e.V. ist partei- und gruppenübergreifend. Im Mittelpunkt steht die öffentliche Information und Aufklärung über fremdenfeindliche und neofaschistische Aktivitäten in Dortmund. Die Arbeit lokaler Bündnisse wird personell, ideell und finanziell unterstützt.

Kontakt

Pro-Dortmund e.V.
Vorsitzender Georg Deventer
c/o AWO Klosterstr. 8-10
44135 Dortmund
www.pro-dortmund.de
www.dortmunder-manifest.de



Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. RAG Östliches Ruhrgebiet

Eine Verbindung von historischer Erinnerungsarbeit und konkretem Einsatz für die Demokratie, dies war die Absicht der Gründungsmitglieder von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“, die sich 1993 vor dem Hintergrund rassistischer und fremdenfeindlicher Ausschreitungen zusammenfanden.

Entstanden ist eine überparteiliche, bundesweit tätige Vereinigung. Über 2.000 Mitglieder sind in 30 Regionalen Arbeitsgruppen (RAG) und Sektionen organisiert. Auch in Dortmund gibt es seit 2004 eine eigene regionale Arbeitsgruppe. Sie hat zum Diskurs über die regionale Dortmunder Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen mit Ausstellungen und Veranstaltungen wichtige Impulse beigesteuert. In den letzten Jahren war sie ein wichtiger und dauerhafter Partner der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

Der Bundesverband betreibt auch die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, die Menschen, die in ihrer privaten oder beruflichen Umgebung mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, mit Informationen und Rat zur Seite steht. Besonders denjenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen, aber anonym bleiben möchten, bietet die Online-Beratung schnelle und kompetente Unterstützung unter www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de.

Kontakt

Sprecher der Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet Dr. Stefan Mühlhofer

c/o Stadt Dortmund - Stadtarchiv
Märkische Straße 14
44122 Dortmund
Tel.: (0231) 50-22159
E-Mail: hgglasner@t-online.de
www.gegen-vergessen.de

Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

Der Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee e.V. ist nunmehr seit 21 Jahren in Dortmund tätig. Er hat seither großen Anteil am entschiedenen Eintreten gegen Rechtsradikalismus sowie in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit geleistet.

Folgende Handlungsfelder und Ziele verfolgt der Verein in seiner täglichen Arbeit:

- die Unterstützung der Arbeit der Mahn- und Gedenkstätte „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“,
- die Mitwirkung bei den jährlich am Karfreitag in der Bittermark von der Stadt Dortmund durchgeführten Gedenkveranstaltungen, die es zu bewahren gilt. Dazu gehören ebenfalls weitere anlassbezogene und geschichtsbezogene Mahn- und Gedenkveranstaltungen,
- die Aufklärung der heutigen und nachfolgenden Generationen über Wesen und die Ursachen des Hitlerfaschismus,
- die Durchführung von Gedenkstättenfahrten, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, Vorträgen, Lesungen und die Herausgabe von Publikationen über nationalsozialistische Willkür und Verfolgung sowie über den Widerstand und aufkommenden Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
- die Mitarbeit in der Veranstaltergemeinschaft zum jährlichen Antikriegstag am 1. September in Dortmund und die Mitgliedschaft in der Föderation des internationalen Widerstandes (FIR).

Kontakt

Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

Vorsitzender Ernst Söder
Brunebeckweg 9
44227 Dortmund
Tel.: (0231) 77 04 92
E-Mail: ernst.soeder@t-online.de



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisorganisation Dortmund, wurde im Februar 1947 als gemeinsame Organisation der Nazigegner gegründet. Die Vertreter von rund 2.000 NS-Verfolgten und Angehörigen des Widerstandes, Überlebenden des Holocausts und Rückkehrer aus der Emigration ließen den VVN e.V. beim Amtsgericht als gemeinnützige Organisation eintragen.

Die Nazigegnerinnen und Nazigegner wollten künftig gemeinsam handeln. Seitdem engagiert sich die VVN Dortmund gegen alte und neue Nazis, für die Entschädigung der Opfer und die Bestrafung der Täter, für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung. Die VVN, inzwischen zum Bund der Antifaschisten erweitert, bereichert die politische Kultur in Dortmund. Im Sinne der Gründungsmitglieder weiter zu handeln ist ihre Verpflichtung. Das gilt auch weiterhin, nachdem die Gründergeneration bereits verstorben ist. Diesen Zeitzeugen folgten nun die „Kinder des Widerstandes“ nach, darunter Nachkommen der Gründer und ihre Mitstreiter aus allen Generationen. Diese stehen in Schulen und Vereinigungen der Jugend Rede und Antwort. Die VVN-BdA wirkt in Bündnissen am Ort mit, immer getreu dem Motto „nur gemeinsam können wir die Aufgaben lösen, die vor uns stehen“.



Jugendring Dortmund Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Jugendverbände

Im Jugendring Dortmund haben sich 30 Dortmunder Jugendverbände zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Interessen und die von jungen Menschen in Dortmund zu vertreten. Die Mitglieder des Jugendring Dortmund bekennen sich zu Freiheit und Demokratie und treten für ein friedliches Zusammenleben ein.

In den Verbänden, aber auch in Projekten und durch die Arbeitsstellen positioniert sich der Jugendring Dortmund klar für eine offene Gesellschaft und gegen menschenverachtende Einstellungen. Aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit arbeitet die Arbeitsstelle „Zukunft braucht Erinnerung“ mit Jugendlichen an Lösungen für Gegenwart und Zukunft. Die Arbeitsstelle „Jugend und Demokratie“ initiiert und unterstützt Projekte zur Demokratieförderung und gegen menschenverachtende Einstellungen. Als Interessenvertretung junger Menschen fördert die „JugendBotschaft“ den Dialog zwischen Jugend und Politik und stärkt demokratisches Handeln.

Die Angebote richten sich an alle junge Menschen in den unterschiedlichsten Zusammenhängen. Ihnen wird Mut gemacht und sie werden dabei unterstützt, sich aktiv in die Gestaltung von Gesellschaft einzubringen und für sich und andere einzustehen.

Kontakt

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Kreisvereinigung Dortmund

Ulrich Sander

Postfach 321

44388 Dortmund

Tel. (0231) 25 85 45 (Marschefski/Bennhardt)

dortmund.vvn-bda.de

E-Mail: ulli@sander-do.de

Kontakt

Jugendring Dortmund Sophie Niehaus (Vorsitzende)

Friedhof 6–8

44135 Dortmund

Tel. (0231) 52 40 73

Fax (0231) 55 43 65

E-Mail: info@jugendring-do.de

www.jugendring-do.de

StadtSportBund Dortmund e. V.



StadtSportBund Dortmund e.V.

Die erfolgreiche Ablehnung von Rechtsextremismus im Sport ist im alltäglichen, tausendfach friedlich stattfindenden Miteinander in den Dortmunder Sportvereinen zu sehen und zu erleben. Der Dortmunder Sport bildet eine große Gemeinschaft aus Personen aller Nationen, in der Ausgrenzung keine Rolle spielt, sondern interkulturelle Offenheit erlebbar ist.

Der StadtSportBund Dortmund e. V. wendet sich zusammen mit seiner Sportjugend und seinen rund 500 Sportvereinen klar gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber anderen Menschen. Der Sport, in seinen vielen Formen und Arten, ist in allen Ländern der Welt zu Hause und bietet dabei für jeden Menschen die Chance auf Gesundheit, Persönlichkeitsentwicklung, soziale Kontakte und vieles mehr. Sportliches Miteinander ist unabhängig von Sprache, Religion, Kultur oder Herkunftsland. Dabei wird immer wieder deutlich, dass gerade die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Sportlerinnen und Sportler die Spiele, Wettkämpfe und Meisterschaften erst interessant machen. Die Vielfalt ist bei Freizeitsportlern und Freizeitsportlerinnen genauso vorzufinden wie bei den Profis.

Kontakt

StadtSportBund Dortmund e. V.
Ansprechpartner: Paul Pyka
 Beurhausstraße 16–18
 44137 Dortmund
 Tel. (0231) 50 111 07
 E-Mail: p.pyka@ssb-do.de
 www.ssb-do.de

Das Gedenken an den Terror vor der eigenen Haustür – Dortmund und die Reichspogromnacht 1938

Der 9. November 1938 ist als von den Nazis so titulierte „Reichskristallnacht“ und als Fanal für den wenige Jahre später folgenden systematischen Massenmord am europäischen Judentum in die Geschichtsbücher eingegangen.

In Dortmund hatten Stadt, Partei und Gestapo schon im Vorfeld für den Abriss der großen Synagoge am Südwall gesorgt, was den Mob jedoch nicht davon abhielt, im November 1938 alles anzugreifen, was als jüdisch identifiziert wurde und auch die Hölder Synagoge anzuzünden.

Das in der Nachkriegszeit einsetzende Gedenken an die Ereignisse des 9. November 1938 ist eine der jahrzehntelangen Konstanten Dortmunder Erinnerungspolitik. Dazu organisiert die Stadt Dortmund am 9. November jeden Jahres eine Gedenkveranstaltung im Foyer des Opernhauses, das nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Gelände der alten Synagoge errichtet wurde.

Der Theatervorplatz erhielt 1998 offiziell den Namen „Platz der alten Synagoge“. Hier erinnern ein Gedenkstein und eine Tafel an die Synagoge.

Erinnern an die Opfer national-sozialistischer Gewaltherrschaft – Der Holocaustgedenktag in Dortmund

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, in dem über 1,1 Millionen vor allem jüdische Menschen ermordet worden waren und das seither Inbegriff des systematischen Massenmords am europäischen Judentum geworden ist.

In Deutschland wurde dieses Datum durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 als staatlicher Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus eingeführt.

2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Datum zum internationalen Holocaustgedenktag.

In Dortmund wurde auf Anregung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit erstmals am 27. Januar 1997 im Rathaus eine Gedenkveranstaltung durchgeführt, die seitdem jedes Jahr mit städtischer Unterstützung stattfindet.

Gemordet Karfreitag 1945 – Das Mahnmal in der Bittermark

Kurz vor Kriegsende, unter anderem auch an Karfreitag 1945, ermordete die Dortmunder Gestapo etwa 300 Menschen im Rombergpark und der Bittermark. Die nach Kriegsende geborgenen Leichen beerdigte man zunächst auf Hörder Friedhöfen und in einem Gemeinschaftsgrab auf der „Spielwiese“ in der Bittermark.

Nachdem 1954 auf der „Spielwiese“ eine größere Grabanlage entstand und die auf den Hörder Friedhöfen bestatteten Opfer dorthin umgebettet worden waren, wurde zwischen 1956 und 1960 ein Mahnmal, an dem sich auch französische Opfervertreter beteiligten, errichtet.

An Karfreitag, dem 15. April 1960, konnte die offizielle Einweihung mit etwa 10.000 Teilnehmenden erfolgen. Bis heute stellen die zu Karfreitag jedes Jahres am Mahnmal in der Bittermark durchgeführten Gedenkveranstaltungen die größten ihrer Art in Dortmund dar.

Der Internationaler Antikriegstag

Seit den 1950er Jahren demonstrieren deutschlandweit Menschen am 1. September für Frieden und Völkerverständigung. Auch in Dortmund zeigen Menschen an diesem von den Gewerkschaften initiierten Tag Gesicht gegen Rassismus, Diskriminierung und Kriegsgefahr. Die Stadt Dortmund unterstützt die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktionen rund um diesen Tag.

Dadurch ist es nicht nur gelungen, die Aufmärsche der Rechtsextremen an diesem Tag ins Leere laufen zu lassen, sondern auch dafür zu sorgen, dass ihre Versuche diesen Tag zu einem „nationalen“ Antikriegstag umzudeuten, erfolglos bleiben.



DORTBUNT! Eine Stadt zeigt ihre Gesichter

Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt und hat viele Gesichter. Tausende Mosaiksteine fügen sich täglich neu zu einem Gesamtbild einer sympathischen, modernen und demokratischen Metropole zusammen und das zeigt die Stadt beim jährlichen Cityfest DORTBUNT!.

Wer bei DORTBUNT! in die Innenstadt kommt, kann feiern, staunen, lernen und Dortmund erleben. An dem Wochenende zeigt die Stadt ihre tausend bunten Gesichter. Auf vielen Plätzen, Bühnen und an vielen Orten in der gesamten Dortmunder City präsentieren sich Institutionen, Vereine, Verbände, Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften, Kulturschaffende, Behörden und viele mehr.

Mehrere Bühnen mit einem breit gefächertem Musikprogramm, Live Acts, Infoständen, Spiel & Sport für alle Altersklassen und ein reichhaltiges kulinarisches Angebot - das ist DORTBUNT!. Davon geht ein starkes Signal für ein sympathisches, buntes und tolerantes Dortmund aus.

Kontakt

Homepage: www.dortbunt.de
Facebook: www.facebook.com/dortbunt

Vorbereitungskreis „Hörder Pogromgedenken 9.11.1938“

Seit über einem Jahrzehnt veranstaltet der Vorbereitungskreis „Hörder Pogromgedenken 9.11.1938“ gemeinsam mit der Johann-Gutenberg-Realschule und im Auftrag der Bezirksvertretung Hörde die alljährliche Gedenkstunde zur Pogromnacht 1938. Daraus wurde 2018 zum 80-jährigen Rückblick auf den von den Nazis zynisch als „Reichskristallnacht“ propagierten Pogrom eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Erinnern...damit kein Gras darüber wächst!“.

Neben der traditionellen Gedenkstunde präsentierte das Programm Ausstellungen, Vorträge, Theater- und Konzertaufführungen mit dem Ziel, konsequent gegen Vorurteile und Diskriminierungen zu wirken, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus anzugehen. Die alljährlich wechselnde Thematik der Gedenkstunde wird gemeinsam vom Vorbereitungskreis und den Schülerinnen und Schülern des Geschichtskurs der Johann-Gutenberg-Realschule erarbeitet und mit dem Kunst-Kurs der Schule umgesetzt. Dabei werden stets nationalsozialistisches Unrecht und Verbrechen der Gewaltherrschaft problematisiert und nach Bezügen in der Gegenwart geforscht. Ein weiteres wichtiges Standbein der gemeinsamen Erinnerungsarbeit von Vorbereitungskreis und Schule ist die Verlegung von Stolpersteinen in Hörde. Hierzu haben sich aktuell der Geschichtskurs der Johann-Gutenberg-Realschule und ein Unterrichtsprojekt des Goethe-Gymnasiums auf Spurensuche begeben. Allein neun Stolpersteine konnten so 2018 in Hörde verlegt werden. Weitere sollen folgen.

Durch die gemeinsame Erinnerungsarbeit erfahren die Jugendlichen, wohin Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen führen können, und nehmen es als ihre Aufgabe an, sich konsequent für eine friedliche, tolerante, weltoffene und demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Kontakt

Vorbereitungskreis „Hörder Pogromgedenken 9.11.1938“
Bezirksverwaltungsstelle Hörde
Hörder Bahnhofstraße 16, 44263 Dortmund
Tel. (0231) 50-2 44 01

Impressum

Dortmund aktiv gegen Rechtsextremismus

Herausgeber:

Stadt Dortmund, Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Brigitte Wolfs (verantwortlich), Hartmut Anders-Hoepgen

Redaktion:

Hartmut Anders-Hoepgen, Michael Plackert, Birgit Miemitz,
Markus Günnewig, Dr. Stefan Mühlhofer, Julian Becker

Fotos:

Dortmund-Agentur, Stefanie Kleemann, Stadtarchiv,
Alexander Völkel/Nordstadtblogger

Gestaltung:

Dortmund-Agentur

Druck:

Dortmund-Agentur – 12/2018

dortmund
aktiv gegen

rechts
extremismus